

EU stimmt Verkäufen zu

HOLCIM/LAFARGE sda. Falls der Zusammenschluss zwischen den Zementriesen Holcim und Lafarge zu Stande kommt, kann das fusionierte Unternehmen bestimmte Vermögenswerte an den irischen Baustoffkonzern CRH verkaufen. Die EU hat entsprechende Pläne genehmigt. Die zuständige Kommission habe keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken, da den Konsumenten in allen betroffenen Märkten auch nach dem Zusammenschluss genügend alternative Anbieter zur Auswahl stünden, heisst es in einer Mitteilung von gestern. Das Vorhaben betrifft Vermögenswerte im Wert von mehreren Milliarden Euro, zu deren Veräusserung Holcim und Lafarge sich im Dezember 2014 verpflichtet haben, um von der Kommission die Genehmigung ihres Zusammenschlusses zu erhalten. Im Mittelpunkt der Prüfung standen die Folgen des geplanten Zusammenschlusses für den Wettbewerb auf dem Markt für Grauzement in der Grenzregion zwischen Polen und der Slowakei, der Grenzregion zwischen Frankreich und Belgien sowie Grossbritannien.

Russland rechnet mit Rezession

MOSKAU sda. In Russland hat sich nach Einschätzung der Regierung die Wirtschaftskrise deutlich verschärft. Für die Monate April bis Juni sagte Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew gestern einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2 bis 3 Prozent zum Vorjahr voraus. Im ersten Quartal war das BIP um 2,2 Prozent geschrumpft. Ministerpräsident Dmitri Medwedew hatte jüngst insbesondere die westlichen Sanktionen im Ukraine-Konflikt für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht. Der Ministerpräsident rechnet allerdings schon bald mit einer Stabilisierung der Konjunktur.

Rubel legt wieder zu

Nach einem dramatischen Sinkflug hat sich die Landeswährung Rubel mittlerweile stabilisiert: Sie legte zum Dollar in diesem Jahr bereits um rund 18 Prozent zu. Nach Einschätzung von Finanzminister Anton Siluanow ist dies zu viel des Guten: «Der Rubel hat nach unserer Einschätzung zu sehr an Stärke gewonnen.» Experten erklären den jüngsten Rubel-Anstieg mit der Erholung des Erdöl-Preises. Russland erzielt rund 40 Prozent seiner Einnahmen aus Ölexporten, daher reagiert der Rubel oft auf die Entwicklung an den Rohstoffmärkten.

Strafrechtspflege braucht Ressourcen

Kürzlich konnte man sich wegen der langsamen Aufarbeitung der Geschehnisse um den G-8-Gipfel von 2001 in Genua über das Tempo der italienischen Justiz empören. Allerdings: Italien kann überall sein. 12 Jahre dauerte der Prozess. Die Richter des Obersten Gerichtshofes in Rom haben 2013 in letzter Instanz Haftstrafen gegen sieben Beamte bestätigt, die nach den Krawallen rund um diesen Gipfel Gefangene systematisch verprügelt, erniedrigt und medizinisch nicht versorgt haben.

Dieser Tage habe ich in Zusammenhang mit einem Fall, bei welchem ich im Auftrag eines Klienten eine Strafanzeige wegen Wirtschaftsdelikten gegen Dritte einreichen musste, von der zuständigen kantonalen Staatsanwaltschaft einen Brief erhalten, dessen letzter Satz mich aufhorchen liess. Es ging um von der Behörde vorzunehmende Schritte wie Akteneditionen und Rechtshilfebegehren. Dies sei alles vorbereitet, erfuhr ich. Aber, so hiess es weiter wortwörtlich: «Ihre Ausführung musste allerdings wegen des eklatanten Ressourcenmangels etwas zurückgestellt werden.»

Es ist interessant: Einerseits muss festgestellt werden, dass nicht erst seit kurzem der Ruf immer wieder zu hören ist, dass mehr bestraft werden

solle, schneller, schärfer, spürbarer und einschneidender. Das heisst nichts anderes, als dass sich offenbar grosse Teile der Bevölkerung durch ein weiter verdichtetes Strafrecht mehr Sicherheit, Schutz und die Abschreckung von potenziellen Tätern erhoffen und dies auch erwarten.

Was in den Debatten um die Ausgestaltung des Strafrechts und seine Umsetzung oft untergeht, ist die Frage nach den Ressourcen. Denn die Strafrechtspflege – also Strafuntersuchungen und Rechtsprechung – kostet Geld. Es gibt diesbezüglich Feststellungen und Entwicklungen, die eine verstärkende Wirkung haben. Ein Sachverhalt ist dabei der, dass die Justiz – sei es

abhängigkeit der Richter von der Politik. Je nach Landesteil waren grosse Unterschiede auszumachen.

Fast zwei Drittel der Befragten fühlen sich eher schlecht oder sehr schlecht über die Gerichte in ihrem Kanton informiert. Die vorerwähnte Umfrage zeigte zudem aufgrund eines weiteren Punktes, dass das Interesse an Gerichtsfällen in der Bevölkerung hoch ist. So gaben 79 Prozent der Befragten an, sich für Berichte über Gerichtsfälle in den Medien zu interes-

«Wer Budgets zusammenstreicht und den Rotstift bei der Strafjustiz ansetzt, kann damit rechtsstaatlich bedenkliche Zustände auslösen.»

AUSSICHTEN

im Bereich des Untersuchungsverfahrens oder bei der gerichtlichen Beurteilung einer Anklage – nicht über genügend Personal verfügt, um einen Fall innert nützlicher und angemessener Frist abzuwickeln. Das lässt Zweifel an einem funktionsfähigen Rechtsstaat aufkommen – und diese Zweifel betreffen einerseits beschuldigte Personen wie auch Opfer von Straftaten.

Die finanzielle und personelle Ausstattung des ganzen Behördenapparates bedeutet nämlich letztlich eine der Antworten auf die Frage, wie ernst es ein Gemeinwesen mit der Durchsetzung des Rechts meint. Damit ist gesagt, dass es nicht angeht, dass Verfahren wegen Mangel an Personal nicht rasch und effizient geführt werden können. Das beschlägt ganz grundsätzlich die Glaubwürdigkeit des Systems.

Im Jahr 2014 hat die Studie «Die Wahrnehmung der Justiz durch die Bevölkerung» ergeben, dass diese auf einer möglichen Skala von 0 bis 10 ein Vertrauen von 7,04 in die Gerichte (also nicht nur Strafgerichte) des Wohnkantons hat. Dieses Vertrauen ist höher als das in die kantonalen Parlamente und Regierungen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Gerichte variiert aber zwischen den einzelnen Kantonen. Ein noch ausgeprägteres Vertrauen geniessen gemäss den Ergebnissen dieser Arbeit die eidgenössischen Gerichte. Skeptisch werden hingegen Fragen nach der Unabhängigkeit gewürdigt: nämlich, ob Richter selbst als Person unabhängig sind sowie ganz grundsätzlich nach der Un-

sieren. Betrachtet man die Tageszeitungen, so findet man mehr oder weniger regelmässig Artikel über Verhandlungen an Strafgerichten. Dies ist hier deshalb zu erwähnen, weil die Strafjustiz oftmals im Fokus der Kritik steht – zu erinnern ist diesbezüglich an den Vorwurf der Kuschejustiz oder an Schlagzeilen wie «kaum verhaftet, schon wieder auf freiem Fuss».

Man mag sich zu einzelnen Postulaten zum Umgang mit illegalen oder sonst normabweichenden Verhalten stellen, wie man will. Genauso, wie populistische Lösungen ein Problem darstellen, genauso stellt es ein Problem dar, wenn man die Strafrechtspflege erschwert, indem man dafür ungenügende Ressourcen bereitstellt. Wenn eine Staatsanwaltschaft selbst – wie im geschilderten Fall – von einem «eklatanten Ressourcenmangel» schreibt, ist das ein Alarmzeichen. Ein Alarmzeichen, welches die Politik sehen und hören muss: Wer Budgets zusammenstreicht und den Rotstift bei der Strafjustiz ansetzt, kann damit rechtsstaatlich bedenkliche Zustände auslösen. Dass diese zu Staatsverdrossenheit führen können, ist bekannt. Und schliesslich unterliegen die Strafbehörden dem Beschleunigungsgebot, das heisst, sie müssen Strafverfahren unverzüglich an die Hand nehmen und sie «ohne unbegründete Verzögerung» zum Abschluss bringen. Dafür braucht es genügend und genügend ausgebildetes Personal, nicht nur in Genua.

MONIKA ROTH

HINWEIS

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.



Microsoft dank Cloud obenauf

REDMOND sda. Weniger Windows-Verkäufe und boomende Cloud-Dienste: Microsoft-Chef Satya Nadella kommt seinem Ziel näher, den Konzern unabhängiger vom klassischen Softwaregeschäft zu machen. Bei Anlegern kommt die Entwicklung gut an trotz deutlich tieferem Gewinn. Microsoft verdiente im dritten Quartal seines Geschäftsjahres deutlich weniger, steigerte aber den Umsatz. Der Überschuss sank im Jahresvergleich um 12 Prozent auf 4,99 Milliarden Dollar, wie der Softwarekonzern gestern mitteilte.

Starker Dollar drückt

Analysten hatten jedoch einen stärkeren Rückgang befürchtet. Die Aktie stieg nachbörslich um über 3 Prozent. Am Markt kam zudem gut an, dass der Umsatz um gut 6 Prozent auf 21,73 Milliarden Dollar zulegte. Ein Grund war die Einbindung des von Nokia übernommenen Handy-Geschäfts, das die Bilanz allerdings auch mit Integrationskosten belastete. Die Ergebnisse litten zudem unter dem starken Dollar, der die im Ausland erwirtschafteten Erträge nach Umrechnung in die US-Währung verringert. Obwohl zuletzt weniger Geld in der Kasse blieb, kommt Microsoft-Chef Satya Nadella mit dem Umbau des Konzerns voran. Sein Motto «Mobile first, Cloud first» trägt Früchte. Beim Cloud-Computing konnte der Konzern das Geschäftsvolumen abermals verdoppeln.

American Airlines verdoppelt Gewinn

FORT WORTH sda. American Airlines profitiert von den niedrigen Kerosinkosten: Der Gewinn verdoppelte sich im ersten Quartal auf 932 Millionen Dollar, wie die weltgrösste Fluggesellschaft gestern mitteilte. Anders als viele Konkurrenten verzichtet der Konzern auf Absicherungsgeschäfte gegen Schwankungen bei den Treibstoffpreisen. Dieses Risiko zahlt sich in der aktuellen Situation aus: Für Kerosin musste American Airlines in den ersten drei Monaten dieses Jahres 42 Prozent weniger zahlen als vor Jahresfrist. Negativ machen sich dagegen der starke Dollar und die konjunkturelle Abkühlung in Lateinamerika bemerkbar. So ging der Umsatz um knapp 2 Prozent auf 9,8 Milliarden Dollar zurück. Die beiden Faktoren belasten allerdings auch die Konkurrenz. Delta und United Continental haben bereits angekündigt, einige ihrer Auslandsverbindungen einzustellen, um Kosten zu sparen.

ANZEIGE

Entwicklung der Finanzmärkte und der LUKB Expert-Fonds

Aktien	Index	-1 Wo.	seit 1. 1.
SMI	9 284	0.4%	3.4%
Euro Stoxx 50	3 697	0.6%	17.5%
FTSE 100	7 058	0.9%	7.5%
Dow Jones Ind.	18 042	1.2%	1.2%
Topix	1 619	1.9%	15.0%
Zinsen	Rendite	-1 Wo.	seit 1. 1.
CHF 3 Mt.	-0.81	0.00 PP	-0.75 PP
CHF 10 J.	-0.08	0.07 PP	-0.44 PP
EUR 3 Mt.	-0.00	0.00 PP	-0.06 PP
EUR 10 J.	0.16	0.08 PP	-0.38 PP
USD 3 Mt.	0.28	0.00 PP	0.02 PP
USD 10 J.	1.92	0.06 PP	-0.25 PP
Devisen	Kurs	-1 Wo.	seit 1. 1.
EUR/CHF	1.0326	0.4%	-14.1%
GBP/CHF	1.4440	1.4%	-6.7%
USD/CHF	0.9540	0.2%	-4.0%
JPY/CHF	0.8013	0.1%	-3.4%
EUR/USD	1.0824	0.2%	-10.5%

(Werte per 24. April 2015, ca. 16 Uhr, Quelle: Bloomberg)

Entwicklung der LUKB Expert-Fonds			
Anlagefonds	Kurs CHF	seit 1. 1.	+/-
LUKB Expert-Ertrag	143.80		-0.2%
LUKB Expert-Vorsorge	142.30		1.8%
LUKB Expert-Zuwachs	184.60		0.4%
LUKB Expert-TopGlobal	134.00		0.2%

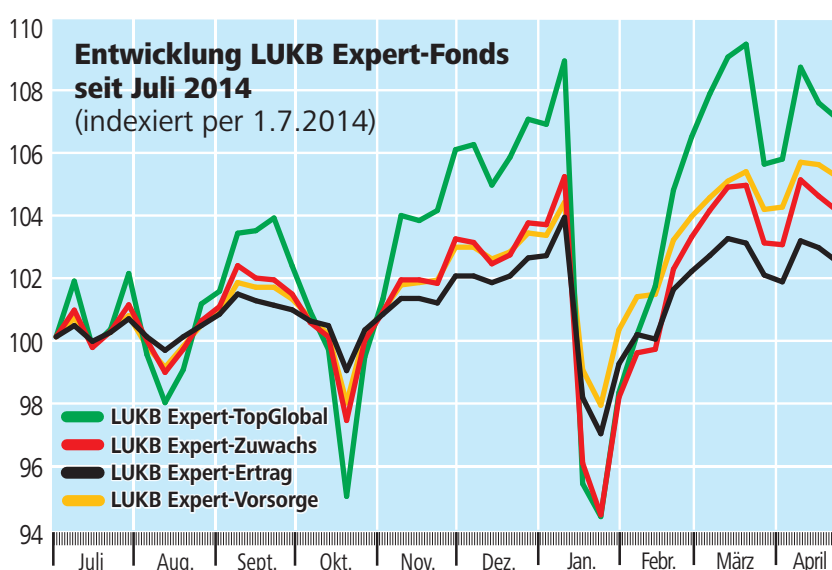
Wochenkommentar

Konjunktur

Die Erwartungshaltung von Analysten und Ökonomen betreffend die Entwicklung der Schweizer Konjunktur in den nächsten sechs Monaten hat sich im April verbessert. Dies signalisiert der ZEW-Indikator, welcher im Vergleich zum Vormonat um 14,7 auf -23,2 Punkte gestiegen ist. Der Indexstand ergibt sich aus der Differenz der Antworten «Verbessern» (14 Prozent) und «Verschlechtern» (37,2 Prozent), 48,8 Prozent gaben die Antwort «Unverändert». In Deutschland hat sich die Stimmung von Unternehmen im April stärker als erwartet aufgehellt. Der entsprechende IFO-Geschäftsklima-Index stieg um 0,7 auf 108,6 Punkte, was dem höchsten Stand seit Juni 2014 entspricht.

Aktien

In der Berichtswoche zeigten sich die Aktienmärkte von ihrer freundlichen Seite. Im heimischen SMI standen Papiere aus der Pharmaindustrie zuoberst auf der Liste der Gewinner. Im roten Bereich waren Finanzwerte zu finden. Im europäischen Euro Stoxx 50 konnten Valoren aus dem Technologiesektor und von Banken deut-



Kapitalmarkt stiegen die Renditen im Wochenvergleich an.

Folgen für die LUKB Expert-Fonds

Aufgrund des Forward-Pricings wirkten sich die am letzten Freitag deutlich schwächeren Aktienmärkte negativ auf die Wochenperformance der LUKB Expert-Fonds aus. So verloren der LUKB Expert-Vorsorge, der einkommensorientierte LUKB Expert-Ertrag, der ausgewogen investierte LUKB Expert-Zuwachs sowie der reine Aktienfonds LUKB Expert-TopGlobal jeweils 0,4 Prozent.



Beratung und Verkauf:
Luzerner Kantonalbank
Nidwaldner Kantonalbank
Obwaldner Kantonalbank
oder bei anderen Banken

lich zulegen. Abgestossen wurden Aktien der Assekuranz. Bei den amerikanischen Aktien, gemessen am Dow-Jones-Index, standen Papiere von Finanzdienstleistern in der Gunst der Anleger. Auf der Verliererseite waren Titel aus dem Konsumgütersektor zu finden. Im japanischen Topix

Obligationen und Devisen

Bei den Devisen fiel lediglich das etwas stärkere britische Pfund auf. Auf dem